



Ferdinand Karnath

Bundesvorsitzender der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV)

Geschäftssitz der Partei: Landsberger Allee 220, 10367 Berlin

An

Polizeipraesident in Berlin

LKA 5/Polizeilicher Staatschutz

Platz der Luftbruecke 6

12101 Berlin

**Weitere ergaenzende Angaben zum Vorgang Nr. 140721 – 1600 - 226033**

**Bezugnahmen auf die Strafanzeige gegen den anonym Anzeigenden wegen falscher Anschuldigung u. a. in Betracht kommender Delikte in Tateinheit (und Mehrheit)**

Ferdinand Karnath

Berlin, den 09.09.2014

Werter Herr vorgangsbearbeitender Staatsanwalt, werter Herr Vernehmungsbeamter Sievers,

Bezugnehmend auf die Vernehmung vom 21.08.2014, und meiner dazu gemachten ergaenzenden Einlassungen in der Vorgangsbearbeitung Nr. **140721 – 1600 – 226033**, moechte ich wie folgt im Rahmen meiner Beschuldigtenrechte nach **Paragraph 163a StPO i. V. m. Paragraph 136 I StGB** weitere ergaenzende Angaben machen.

Zunaechst einmal moechte ich Sie darum ersuchen, mir ein Bearbeiterzeichen bzw. eine Vorgangsnummer für meine gestellte Gegenanzeige zukommen zu lassen und zu bestaetigen, dass meine ergaenzenden Angaben vom 21.8.2014 bei Ihnen eingegangen sind und bearbeitet werden.

Desweiteren ersuche ich Sie um ein umgehendes Abstellen der noch staendig andauernden Bemuehungen des Forums „Sonnenstaatland“, der Verweis ist Ihnen bereits hinreichend bekannt:

<http://forum.sonnenstaatland.com/index.php/board,65.0.html>

mich als pensionierten Polizeibeamter, wie Ihnen bereits mitgeteilt, weiteren Straf- und darauf beruhen Disziplinarverfahren auszusetzen. In der Anlage finden Sie an Hand der Auszuege aus dem in Rede stehenden Forum dazu entsprechende aktuelle Hinweise auf eine derartige Vorgehensweise.

In Erinnerung an meine bisherigen Anfragen bezueglich der ladungsfahigen Anschriften der hier im vorderster Reihe stehenden politischen „Hetzer“, wie die Pseudonyme „Muellmann“, „Teobald Tiger“, „Kairo“, „Mad Dog“ u.s.w., insbesondere dieses Forums und der dahinter stehenden Facebookgruppe, bitte ich um die umgehende Uebermittlung derselben zum Zwecke der Einleitung zivilrechtlicher Ansprueche und der notwendigen Zustellung von strafbewehrten Unterlassungs- und angemessener Verpflichtungserklaerungen.

Desweiteren bitte ich um umgehende Schliessung des rechtswidrigen Wikiprofils zu meiner Person des betreffenden Forums, welches unwahre Angaben enthaelt und ausschliesslich meiner oeffentlichen Diskreditierung dient. Dazu zaehlt auch die Ermittlung des verursachenden Erstellers der betreffenden Seiten und eine Uebersendung der ladungsfahigen Anschrift.

[http://wiki.sonnenstaatland.com/wiki/Ferdinand\\_Karnath](http://wiki.sonnenstaatland.com/wiki/Ferdinand_Karnath)

Ich hatte das Sonnenstaatland, siehe Anlage, auch in dieser Hinsicht bereits um eine Loeschung gebeten, dass Gleiche gilt für meinen separaten Namen und den damit verbundenen Straengen, wie z. B. „Jetzt reichs Karnath“, „Ferdis neueste Wahnvorstellungen“ u. s. w.. Den Aufforderungen kommt dieses Forum jedoch trotz positiver, also klarer rechtlicher Kenntnis, einfach **n i c h t** nach und damit wird der rechtswidrige, strafrechtlich relevante Hintergrund bewusst und gewollt, also absolut vorsaeztlich, weiterhin aufrechterhalten.

Im Wesentlichen geht es hier also tatsaehtlich im Kern um eine verfassungsgesetzlich unzulessige Verfolgung politisch Andersdenkender, also meiner Person als Parteivorsitzender einer nach dem Parteiengesetz und Art. 21 I GG unstreitig zulessigen und geschuetzten politischen Vereinigung.

An dieser Stelle weise ich ausdruecklich darauf hin, dass Sie als Dienstbehoerde im Rahmen der mir zustehenden Dienstfuersorge aus dem Landesbeamtengesetz dem Landesverwaltungsamt eine entsprechende Mitteilung zu machen haben, die auf eine vorsaeztliche rechtswidrige Verfolgung meiner Person durch Dritte hinweist, so dass auch von dieser Seite gegen die Verursacher vorgegangen werden kann.

Abschliessend moechte ich Ihnen mitteilen, dass meine politischen Ansichten allesamt, auch wenn die eine oder andere Auesserung grenzwertig sein mag und vielleicht sogar Ihren eigenen politischen Einstellungen entgegenstehen sollte, vollumfaenglich durch Art. 5 I GG, dem Recht auf freie Meinungsaeusserung, gedeckt sind. Provokationen der politischen Gegenseite, das Aufdecken von politisch rechtswidrigen Vorgaengen, das

Aufzeigen und Anklagen von Missstaenden und Rechtsbruechen der verursachen Politik, **entspringt dem legitimen Auftrag an alle Buergerinnen und Buerger aus Art.38 I GG, sich aktiv am politischen Willensprozess zu beteiligen.** Die in dieser Vorschrift enthaltenen Wahlgrundsaeetze sind deshalb auch analog vollstaendig auf die politische Willensbetaetigung zu uebertragen. Das Abfordern des Staates, insbesondere ueber seine Parteibuchtraeger und die von diesen gesteuerten und geleiteten Institutionen und Einrichtungen, gegenueber seinen Buergerinnen und Buergern, auf eine **politische Anpassheit** und **politische Korrektheit** ist dabei bereits als verfassungsgesetzwidrig einzustufen.

Sie muessen nie meiner politischen Meinung sein, aber Sie muessen meine, für Sie andere politische Auffassung immer respektieren und mir die Entaeusserung zuge- stehen und ermoeeglichen.

In Erwartung Ihrer geschaeetzten Antwort verbleibe ich mit freundlichem Gruss

.....09.09.2014, Ferdinand Karnath,

Bundesvorsitzender der DNV

**Anlagen**